

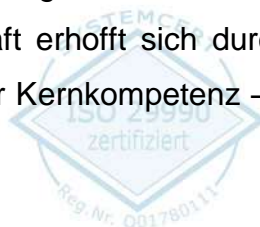


RINDERZUCHT AUSTRIA – 60 Jahre Zentrale Arbeitsgemeinschaft österreichischer Rinderzüchter (1954 - 2014)

RINDERZUCHT AUSTRIA bei Treffen von Tierzuchtexperten aus Österreich und Deutschland stark vertreten

Tierzuchtexperten aus Österreich und Deutschland berieten letzten Donnerstag und Freitag im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) in Berlin über einen Verordnungsvorschlag der EU-Kommission, mit dem das EU-Tierzuchtrecht neu gefasst werden soll. **Staatssekretär Dr. Robert Kloos** sagte zum Auftakt dieses ersten österreichisch-deutschen Treffens: „Ein enger Schulterschluss zwischen zwei Mitgliedsstaaten hat im Rat ein starkes Gewicht. Die Schlagkraft der Argumente kann damit noch verstärkt werden.“ Die Teilnehmer des Treffens von österreichischen und deutschen Behörden sowie von Tierzuchtdachverbänden wollten bei dem zweitägigen Austausch Übereinstimmungen beider Länder im Tierzuchtbereich festmachen, mit dem Ziel, eine gemeinsame Strategie für den weiteren Diskussionsprozess in der Ratsarbeitsgruppe zu entwickeln. Die RINDERZUCHT AUSTRIA war mit ZAR-Geschäftsführer Franz Sturmlechner, Martin Mayerhofer für die ZuchtData, Ernst Lagerer und Reinhard Winkler als Vertreter der größten Rassenblöcke sowie Christian Moser für die Generhaltungsrassen vertreten. „Durch diese Zusammenarbeit können wir unsere Interessen in Brüssel besser zur Geltung zu bringen. Ich bin sicher, Österreich und Deutschland haben bei der Tierzucht mehr Gemeinsamkeiten als Differenzen“, betonte Kloos.

„Das seit den 1980er Jahren gewachsene Tierschutzrecht der EU wurde in den einzelnen Mitgliedsstaaten unterschiedlich umgesetzt. Dies führt zwangsläufig zu Komplikationen, da die Tierzucht in Europa immer enger zusammenwächst. Deshalb sei zu begrüßen, dass die bestehenden Regelungen in einer neuen Verordnung zusammengefasst werden sollen – vor allem im Hinblick auf Rechtsvereinfachung und Rechtssicherheit“, sagte Kloos. Der von der EU-Kommission Anfang dieses Jahres vorgelegte Verordnungsentwurf wird derzeit von Fachleuten kontrovers diskutiert, da bestehende Regelungen zum Teil erheblich geändert werden sollen. Die österreichische Züchterschaft erhofft sich durch eine EU-Verordnung nicht nur künftige Rechtssicherheit bei der Kernkompetenz – der Tierzucht, sondern vor allem



eine Verwaltungsvereinfachung. Der Status einer EU-Verordnung würde nationale Rechtstexte weitgehend unnötig machen, da diese unmittelbar Geltung hat.